



DIE GdP IM GESPRÄCH

Neuer Vorstand trifft sich mit Innenminister Beuth zum Themenaustausch

Der Landesdelegiertentag der hessischen GdP lag erst wenige Tage zurück, als ein erster Gesprächstermin des neuen geschäftsführenden Landesvorstandes mit Innenminister Peter Beuth stattfand.

In Anwesenheit von Staatssekretär Werner Koch und Simon Grüttner (Justiziar im HMdI) nahmen für die GdP der Landesvorsitzende Andreas Grün und seine Stellvertreter Ewald Gerke und Lothar Hölzgen teil.

Schwerpunkte waren u. a. die aktuellen Themen Besoldungsüberleitungsproblematik, Beihilfe, gesetzliches Lohndiktat und die Beförderungs- und Stellenstruktur im Polizeibereich.

Im Mittelpunkt des zweistündigen Gesprächs, das in freundlicher und entspannter Atmosphäre stattfand, standen unter anderem die Themen:

- Besoldungsüberleitungsgesetz (Erfahrungsstufenproblematik)
• Beihilfe
• Lohndiktat



Im Gespräch v. l.: Ewald Gerke, Lothar Hölzgen, Innenminister Peter Beuth, Landesvorsitzender Andreas Grün.

- Beförderungssituation (Stellenstruktur Beamte/Tarif)

Besoldungsüberleitung (DRModG II)

GdP-Landesvorsitzender Andreas Grün stellte die Probleme und die möglichen Gehaltseinbußen, die es bei der Überleitung in die neuen Erfahrungsstufen geben kann, dar. Um die Problemstellung gänzlich erfassen zu können, wurde eine kompetente Anlauf-/Auskunftsstelle (Beschwerdestelle) geschaffen. Die Beschwerdestelle ist erreichbar unter Tel. 08 00/1 10 33 33.

Wir fordern alle Kolleginnen und Kollegen auf, sich bei Fragen oder Unstimmigkeiten zur Überleitung in die neuen Erfahrungsstufen an die Hotline zu wenden.

Es ist für uns hilfreich, wenn ihr eine kurze E-Mail über das Gespräch mit der Hotline an die GdP Hessen (gdp-hessen@t-online.de) sendet.

Innenminister Peter Beuth bat noch um etwas Geduld. Im ersten Halbjahr 2014 sei ein Urteil des EuGH in Sachen „Erfahrungsstufen“ (beklagt wird das Bundes- bzw. das Berliner Besoldungsgesetz) zu erwarten. Ob und in welchem Umfang das Urteil sich auf das Besoldungsüberleitungsgesetz auswirkt, vermag zurzeit niemand einzuschätzen. Es könnte jedoch sein, dass die jetzigen acht

Erfahrungsstufen auf den Prüfstand kommen müssen.

Beiderseitiger Konsens ist, dass es zu keinen finanziellen Nachteilen kommen darf, da nicht beabsichtigt war, dieses Gesetz als „Geldeinspargesetz“ zu nutzen.

Zunächst aber sollten die Kolleginnen und Kollegen die Hotline nutzen, damit man einen Gesamtüberblick über die tatsächlichen Auswirkungen des Gesetzes erhält und eine Lösung suchen kann.

Beihilfe

Was mögliche Beihilfeänderungen betrifft, haben die GdP-Vertreter deutlich gemacht, dass wir als GdP es nicht hinnehmen werden, dass die Kolleginnen und Kollegen finanziell belastet werden, um den jetzigen Versorgungsstand zu erhalten. Pünktuell sei die Beihilfe überarbeitungsbedürftig, da sie den heutigen Anforderungen einer modernen Gesundheitsfürsorge nicht mehr entspricht.

Innenminister Beuth sagte, dass das man in seinem Hause noch prüfe, wie eine Änderung der Beihilfe aussehen könnte.

In diesem Zusammenhang haben wir als GdP nochmals auf die Möglichkeit der freien Heilfürsorge hingewiesen.

Fortsetzung auf Seite 2



Wenige Tage nach dem GdP-Gespräch erschien im Gießener Anzeiger ein Interview mit Innenminister Beuth mit der Überschrift: „Keine Stellen bei der Polizei einsparen“. Aus: „Gießener Anzeiger“ vom 22. 4. 2014



DIE GdP IM GESPRÄCH

Fortsetzung von Seite 1

wiesen. Andreas Grün sagte, dass es beim Thema Beihilfe für die GdP wenig bis gar keine Verhandlungsmasse geben werde, wenn eine Änderung am Ende zu einer finanziellen Mehrbelastung für unsere Kolleginnen und Kollegen führt.

„Lohndiktat“ in der Koalitionsvereinbarung

Wir haben auf das Urteil des VG Koblenz in gleicher Sache verwiesen und die Rechtmäßigkeit eines solchen Vorgehens infrage gestellt. Außerdem steht ein Bundesverwaltungsgerichtsurteil im Raum, welches das Alimentationsprinzip der Beamten stärkt und dem Gesetzgeber bei der Beamtenbesoldung engere Grenzen aufzeigt. Nach Angaben von Innenminister Beuth soll die Koalitionsvereinbarung nicht deckungsgleich wie in Rheinland-Pfalz umgesetzt werden. Was diese

Aussage im Detail bedeutet, lässt sich derzeit nicht vollumfänglich bewerten.

Die Einschätzung der GdP ist jedoch, dass die Koalition gerade in Sachen der Beamtenbesoldung große Schnittmengen hat. Hier herrscht offensichtlich Einigkeit, den im Koalitionsvertrag vorgezeichneten Weg zu gehen.

Beförderungssituation (Stellenstruktur Beamte/Tarif)

Wir haben explizit auf die unmittelbare Abhängigkeit der verschiedenen Themen untereinander hingewiesen und deutlich gemacht, dass in der Summe die Polizeibesetzten sehr großen Belastungen ausgesetzt sind und der Koalitionsvertrag deutliche Verschlechterungen für den gesamten Polizeibereich aufzeigt. Die Belastungsgrenzen der zu erledigenden Arbeiten sind längst erreicht und an vielen Stellen schon deutlich überschritten.

Stellenstreichungen unter Beibehaltung der jetzigen Aufgaben sowie weitere neue Aufgabenschwerpunkte sind mit dem jetzigen Personalbestand nicht mehr verkraftbar. Innenminister Beuth versprach, alles dafür zu tun, dass der Polizeibereich von Stellenstreichungen verschont bleibt. Zurzeit sind aber Details zum Mengengerüst des im Koalitionsvertrag vereinbarten Stellenabbaus, in der Größenordnung von 1800 Stellen, noch nicht bekannt.

Ausblick

Wiederholt wurde im Gesprächsverlauf von beiden Seiten die Notwendigkeit des Dialogs hervorgehoben.

Die GdP als stärkste Beschäftigtenvertretung ist auch in der Lage, konzeptionelle und konstruktive Vorschläge zu unterbreiten. Dazu wurde vereinbart, dass der angestoßene Dialog jetzt in regelmäßigen Abständen erfolgen soll.

gdp/eg

LANDESDELEGIERTENTAG 2014

Große Aufgaben stehen an

Mitunter kontroverse Diskussionen gab es auf dem 25. Landesdelegiertentag der hessischen GdP in Marburg bei der Beratung der über 140 Anträge. Der überwiegenden Anzahl der Anträge wurde mit überwältigender Mehrheit zugestimmt. Es gab auch Anträge, die nicht die Delegiertenmehrheit fanden, vom Antragsteller zurückgezogen wurden oder denen nach einem gefundenen Kompromiss ebenfalls zugestimmt wurden.

Satzungsanträge

Insgesamt 13 Anträge zur Änderung, Ausgestaltung der Satzung waren von den 239 Delegierten zu beraten. Der weitreichendste Satzungsantrag sieht vor, den Delegiertenschlüssel für zukünftige Delegiertentage neu zu regeln. Bei wenigen Gegenstimmen wurde beschlossen, dass die Bezirksgruppen pro angefangene 75 Mitglieder ein Delegiertenmandat erhalten. Dadurch reduziert sich die Delegiertenanzahl um etwa ein Drittel.

Die weiteren Anträge befassten sich mit der Anerkennung von Vorzeiten in anderen demokratischen



Die Delegierten des 25. Landesdelegiertentages.

Berufsvertretungen, der stärkeren Präsenz der Seniorengruppe und JUNGE GRUPPE im Landesvorstand. Weiterhin beschlossen die Delegierten einen Antrag für den Bundeskongress, der sich mit der Aufnahme von Beschäftigten in anderen Vollzugsbereichen beschäftigt.

Organisation, Haushalt, Finanzen

Hier waren 18 Anträge zu beraten, die die Durchführung von Vertrauensleute-, Personalräte-, Personengruppen- und sonstigen Seminaren

zum Inhalt hatten. Aber auch die Schaffung eines GdP-Leitbildes und die Schaffung von Arbeitsgruppen z. B. für die PAST'en.

Tarifrecht/-politik, Arbeits- und Rentenrecht

Bei diesen 28 Anträgen standen Verbesserungen der Tarifpolitik im Mittelpunkt. So soll es z. B. eine Fortbildung zu „Polizeifachangestellten“ geben, für Tarifbeschäftigte in Funktionsarbeit soll es ein Kleidergeld geben, und die besondere Altersgrenze soll auf die Wach- und kommunale



LANDESDELEGIERTENTAG 2014



Abstimmung.

Ordnungspolizei ausgedehnt werden. Einstimmig wurde beschlossen, dass im Tarifbereich keine weiteren Stellen abgebaut werden sollen und die Aufstiegschancen unserer Tarifbeschäftigten sich dringend verbessern müssten. Aber auch die Rücknahme der Rente mit 67, die Schaffung flexibler Ausstiegsmöglichkeiten und verbesserte Erwerbsminderungsrenten wurden ebenso beraten und beschlossen, wie ein Antrag, der sich mit dem

gesetzlichen Mindestlohn beschäftigt.

Beamtenrecht, Besoldung, Versorgung

Die 33 Anträge dieser Gruppe beinhalteten die Reduzierung der Wochenarbeitszeit, Verbesserungen im Schichtdienst, Stellenhebungen und eine verbesserte Personalpolitik. Die Abschaffung der ständigen Beurteilungen wurden ebenso behandelt wie die konsequente Fortentwicklung der zweigeteilten Laufbahn. Aber auch Anträge um den Polizeinachwuchs und die Aufhebung der Verpflichtung landesweiter Ausschreibungen ab A 11 wurden beraten.

Gesellschaft mitgestalten

Bei diesen sieben Anträgen soll die Frage der Schaffung eines Jobtickets diskutiert werden, die Personalpolitik

ist zu verbessern und das Personalvertretungsrecht soll inhaltlich ebenfalls verbessert werden ebenso wie die Aufklärung von Teilzeitarbeit und Versorgungsausgleich.

Zeitgemäße Ausstattung, Organisation

36 Anträge befassten sich mit dem Kleidergeld, der Ausstattung der Einsatzseinheiten und Alarmhundertschaften sowie die individuelle Kennzeichnung der Kräfte im Einsatz. Die Schaffung von Unterbringungsmöglichkeiten der Polizeianwärter wurde ebenso beschlossen wie etliche Anträge rund um den Digitalfunk. Personalentwicklung, BGM und weitere Themen wurden ebenfalls, teils kontrovers, betreten. Die Forderung nach einer verbesserten Führungskultur, die alternierende Telearbeit, oder die Krankenstände bei der Polizei wurden beraten. eg

AKTUELLES AUS DER POLIZEI

Von der Praxis für die Praxis

Kolleginnen und Kollegen des 8. Polizeireviere in Frankfurt am Main haben das Projekt „Body-Cam“ entwickelt und auf den Weg gebracht – schon jetzt eine Erfolgsgeschichte, die nur ein Ziel hat: Es soll unsere tägliche Arbeit auf der Straße sicherer machen!

Bereits die ersten Monate des in Frankfurt-Sachsenhausen gestarteten Pilotprojektes haben gezeigt, dass wir mit diesem „kleinen technischen Streifenhelfer“ eine deutliche Reduzierung von Übergriffen erreichen konnten und die Zahl der verletzten Schutzpolizeibeamten, die diese Body-Cam in Einsätzen mitführten, von vier auf „null“ reduziert wurden.

Ein innovativer und außergewöhnlicher Entwicklungsprozess, der von den Praktikern initiiert und von den Verantwortlichen in Politik und Polizeiführung positiv begleitet wurde. Die finanziellen und rechtlichen Rahmenbedingungen wurden schnell und präzise geschaffen – ein Verlauf, der in weiten Teilen der Bundesrepublik Deutschland positive Beachtung findet.

Die hessische GdP hat bereits Ende 2013 die Weiterentwicklung und eine landesweite Einführung des Pilotpro-

jekts begleitet und gefordert. In einem Vortrag vor über 100 Kolleginnen und Kollegen aus Bayern, den innenpolitischen Sprechern des Bayerischen Landtags und bayerischen GdP-Vertretern haben wir unser hessisches Pilotprojekt „Body-Cam“ vorgestellt.

Erkenntnisse aus der Pilotphase geben uns Möglichkeiten, die Rahmenbedingungen für Tonaufzeichnungen und den Einsatz im nicht öffentlichen Raum zu prüfen. Diese sinnvollen Erweiterungen, die dem Schutz unserer Kolleginnen und Kollegen dienen, werden wir als GdP auch weiterhin positiv begleiten.

In diesem Zusammenhang erneuern wir zum wiederholten Male unsere Forderung nach einem Schutzparagraphen (§ 115 StGB), der den tätlichen Angriff auf einen Vollstreckungsbeamten unter Strafe stellt. Dazu fordern wir abermals die zielgerichtete Unterstützung der verantwortlichen Politiker ein.

Anmerkung: Eine Aussage des DPolG-Vorsitzenden im Hessischen Rundfunk, von der wir uns klar und deutlich distanzieren, lautet sinngemäß: „Rechtsstaatlicher Schutz für unsere Kolleginnen und Kollegen ohne



technische Mittel.“ Diese Kernaussage und Forderung der DPolG, die den Einsatz der Body-Cam grundsätzlich ablehnt, ist ein Schlag ins Gesicht für die vielen Kolleginnen und Kollegen, die sich im Dienst rund um die Uhr auf den Straßen zur Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger bewegen und hier bei jeder sich bietenden Gelegenheit vom polizeilichen Gegenüber mit Smartphones gefilmt werden, die dann als Beweismittel vorliegenden Teilsequenzen von Aufnahmen werden bei Verfahren gegen unsere Kolleginnen und Kollegen verwendet.

Lothar Hölzger



Erfahrung gestaltet Zukunft

„Erfahrung gestaltet Zukunft“ war das Motto der Seniorenkonferenz in Potsdam. Alle vier Jahre findet diese Konferenz statt. Aus Hessen waren acht Vertreter des Landesseniorenvorstandes dabei. Alle Bezirksgruppen waren somit vertreten. Lediglich Hermann Müller, Osthessen, musste leider aus Gesundheitsgründen absagen.

In der Konferenz wurde der Tätigkeitsbericht des Bundesseniorenvorstandes abgegeben. Man wählte den geschäftsführenden Vorstand und beriet Anträge der Senioren. Die angenommenen Anträge werden dann an den Bundeskongress der GdP zur Beschlussfassung weitergeleitet. Insgesamt 36 Anträge waren zu beraten. Sie umfassten ein breites Feld. Es ging um Besoldung und Versorgung, Vertretung der Senioren im DGB, um Renten, um Versorgungsausgleich, um Pflege und Pflegeversicherung, um Gewalt und Betrug in der Pflege, um seniorengerechte Ausgestaltung von Wohnungen, Städten und Verkehrsmitteln und vieles mehr. Auch vier Anträge aus Hessen waren dabei. Die Anträge aus Hessen nahm man alle an. Zum neuen Vorsitzenden wählten die Delegierten Winfried Wahlig. Somit hat ein Hesse das Amt inne. Kollege Wahlig war beim BKA tätig und wohnt in Wiesbaden.

Der Bundesvorsitzende Oliver Malchow sprach ein Grußwort. Dabei ging er auf den Organisationsgrad der Senioren in der GdP ein. Er ist bei der GdP höher als bei anderen Gewerkschaften. Dies habe etwas mit der Sozialisation der Polizeibeschäftigten zu tun, erklärte Malchow. Man fühle sich auch nach dem aktiven Dienst noch mit seiner Polizei und seiner Dienststelle verbunden.

Einen hochinteressanten Vortrag hielt Frau Professor Dr. Ursula Lehr. Sie ist Vorsitzende der BAGSO (Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen) und ehemalige Bundesministerin. Anhand von Daten und Fakten erklärte sie, dass die Menschen immer älter werden. Der demografische Wandel unserer Gesellschaft wurde angesprochen. Aber auch unsere Welt, in der wir leben, wandelt sich rasant. Die Alten von heute sind nicht mehr vergleichbar mit denen vor 50 oder 100 Jahren. Sie erklärte, dass es nicht das Thema ist,



Die hessischen Delegierten in Potsdam v. l.: Heinz Homeyer (Ffm), Erika Büttner (PZB), Michael Messer (WH), Charly Braun (SH), Harald Dobrindt (MH), Volker Zeidler (NH), Rolf Degenhard (SOH) und Gerhard Lehmann (BP).

wie alt wird man, sondern wie werde ich alt. Die Gesellschaft sollte die Kenntnisse und Möglichkeiten der Älteren nutzen. Aber auch die Senioren sollten ihre noch vorhandenen Möglichkeiten ausschöpfen. Der alte Spruch stimmt „Wer rastet, der rostet“. Die Ausführungen entsprachen ganz dem Motto der Bundesseniorenkonferenz „Erfahrung gestaltet Zukunft“ oder dem Motto unserer Landesseniorenkonferenz in Hessen „Aktiv im Alter“. Die meisten Senioren wollen in ihrer teils drei Jahrzehnte umfassenden Altersphase nicht betreut werden, sondern die

Zeit aktiv und selbstbestimmt gestalten. Natürlich gibt es im Alter auch kleinere Einschränkungen bis hin zu schweren Behinderungen. Frau Lehr führte dazu aus, dass auch seniorenoorientierte Infrastrukturen sowie seniorenoorientierte Dienstleistungen geschaffen werden müssen.

Bleibt für die Senioren zu hoffen, dass die Gesellschaft, aber auch unsere GdP, die Möglichkeiten, welche ältere Menschen bieten, noch mehr für sich entdecken. Es geht um kein Gegeneinander, sondern um das Miteinander der Generationen.

Harald Dobrindt

HESSENTAG 2014 IN BENSHEIM

GdP ist wieder dabei!

Nach der Erfolgsstory der nordhessischen GdP beim Hessentag 2013 in Kassel bauen wir in Südhessen darauf auf.

Der südhessische Gewerkschaftsbund (DGB) wird mit seinen Tochtergewerkschaften am Hessentag in Bensheim einen Informationsstand betreiben. Unser gemeinsames Ziel ist es, den Besuchern die Aufgaben und Pflichten von Gewerkschaften vorzustellen. Es ist eine Sympathiewerbung für eine Mitgliedschaft in einer immer härter werdenden Arbeitswelt. Federführend wird die GdP sein, die an acht von zehn Tagen, jeweils von 15 bis 23 Uhr, den Stand betreut.

Für die Einsatzkräfte halten wir täglich eine kleine Aufmerksamkeit bereit, sodass der Infostand für die Einsatzkräfte auch gleichzeitig als Einsatzbetreuungsstand dient.

Ihr findet uns in unmittelbarer Nähe des Polizei-Bistros (Aktionsfläche 14), Stand Nr. 144, Aktionsfläche 15 „Hessen schafft Wissen“, Festmeile, Knotenpunkt Berliner Ring/Taunusstraße.

Lasst euch überraschen. Weitere Infos findet ihr ab dem 5. 6. 2014 auf unserer Homepage. **Wir freuen uns auf euch! Bezirksgruppe Südhessen**



HESSISCHE POLIZEISTIFTUNG

Tombola auf dem Delegiertentag

Rund 250 Vertreterinnen und Vertreter aus allen hessischen Polizeibehörden waren über die gewerkschaftlichen Untergliederungen als Delegierte für den 25. Ordentlichen Delegiertentag der GdP Hessen, vom 8. bis 10. April in Marburg an der Lahn, entsendet.

Wie bereits vor vier Jahren in Weilburg auch war es der Hessischen Polizeistiftung gestattet, für die „gute Sache“ zu werben. Hier kam es gerade recht, dass der neue Flyer der Hessischen Polizeistiftung, sozusagen druckfrisch, einem jeden Delegierten auf seinen Platz gelegt werden konnte.

Darüber hinaus fand am zweiten Abend, nach dem öffentlichen Teil, eine Verlosung verschiedener Preise zugunsten der Hessischen Polizeistiftung statt. Neben der Bezirksgruppe Osthessen, die sechs Eintrittskarten für die diesjährige Blaulichtrocknacht im Dezember 2014 zur Verfügung stellte, war es einmal mehr der Geschäftsführer der Polizei Service Gesellschaft, Herr H. R. Jud, der die Hauptpreise stiftete.

1. Preis: eine Woche Urlaub nach eigenem Wunschtermin im Haus Wildgans in Mecklenburg-Vorpommern, das Land der 1000 Seen. 2. und 3. Preis 200 € bzw. 100 € Reisekostenzuschuss beim GdP-Vertragsreisebüro Hellmann in Neunkirchen. 4. bis 10 Preis: je eine Eintrittskarte für die „2. Blaulichtrocknacht“ der osthessischen GdP.

Besonders erfreut nahm am 10. April 2014 der Vorsitzende der Polizeistiftung, Jens Mohrherr, aus den Händen des Mäzens, Henner Jud den symbolischen Scheck entgegen. Er bedankte sich bei Henner Jud und natürlich auch bei den fleißigen Kolleginnen und Kollegen, die die Lose am Abend zuvor an die Delegierten verkauft hatten! Wenn jetzt die zu-



PSG-Geschäftsführer Henner Jud (links) übergibt den Spendenscheck an Jens Mohrherr von der Hessischen Polizeistiftung.

ständige Bank die ersten händisch vorgenommenen Zahlungen bestätigen wird, erwartet die Polizeistiftung ein Erlös von 1950 €!

Hess. Polizeistiftung

AKTUELLES AUS DER GdP

Bundesfachausschuss Schutzpolizei trifft sich in Berlin

Die Mitglieder des Bundesfachausschusses Schutzpolizei (BFA-S) trafen sich in Berlin in der Bundesgeschäftsstelle, diskutierten und berieten schutzpolizeiliche Themen, die für den Bundeskongress im Herbst vorbereitet werden sollen.

Vor diesem fachlichen Austausch informierte Rüdiger Seidenspinner über aktuelle Themen aus dem geschäftsführenden Bundesvorstand.

In den vergangenen Wochen wurden die Ereignisse rund um das Hamburger Schanzenviertel in der Tiefe nachbereitet und unter dem Aspekt „Gewalt gegen Polizeibeamte“ öffentlich gemacht. Einer besonderen Betrachtung wurde hierbei die Allgegenwärtigkeit digitale Endgeräte (Smartphones, Tablets usw.) sowie deren Einsatz bei Auseinandersetzungen mit der Polizei unterzogen. Digitale Manipulationsmöglichkeiten

und die daraus erwachsenden Probleme für unsere Einsatzkräfte sowie die Missachtung von Persönlichkeitsrechten scheinen bis heute noch nicht in das Bewusstsein aller politisch Verantwortlichen vorgedrungen zu sein.

Hessen geht hier mit seinem Pilotprojekt „Body-Cam“ einen klugen Schritt voran. Die Aufzeichnungen von polizeilichen Maßnahmen mit einer beabsichtigten Identitätsfeststellung von insbesondere alkoholisierten, bzw. gewaltbereiten Personen, bzw. wenn die Gefährdung von Polizeibeamten oder Dritten erkennbar ist, kann im öffentlichen Raum videografiert werden.

Bei der Entwicklung des öffentlichen Dienstes ist offenkundig, dass die Politik der Polizei ein sehr geringes Maß an Wertschätzung entgegenbringt. Gravierend sind die

länderbezogenen Einkommensunterschiede von bis zu 600 Euro. Aus gewerkschaftlicher Sicht ist das System

Fortsetzung auf Seite 6

Anzeige

Ist eine Welt ohne Polizei möglich? Interview-Partner für Sozialforschung gesucht

Recherche-Projekt, ausgehend von Gesprächen mit Polizisten/innen in europ. Städten. Das Gespräch über Berufswahl und -verständnis dauert ca. 30 Min.
Aufwandsentschädigung: 30 €
 Ort/Zeit: 19.-22.06., Frankfurt/M
 Info/Anmeldung: Olivia Ebert
0178-2088579



Fortsetzung von Seite 5

der Lebensarbeitszeitverlängerung kritisch zu bewerten. Gewerkschaftliches Ziel war und bleibt es, die „60“ festzuschreiben.

Anträge zum Bundeskongress: Stärkung Wechselschichtdienst?

Mit dieser Frage nahm der Ausschuss das Thema aus der Sitzung vom 30. 4. 2013 erneut auf. Grundsatzzfragen zur „Zukunft der Polizei“ stellen sich in allen Bundesländern, und ein Blick auf die Auswirkungen der Föderalismusreform macht deutlich, wie präsent dieses Thema nach wie vor ist.

In dem Antrag zum Bundeskongress wird die Grundproblematik aufgegriffen und mit dem Motto „Der Wechselschichtdienst muss attraktiv bleiben“ deutlich beschrieben, welche Arbeitsschwerpunkte und Ziele die GdP in den kommenden Jahren hier verfolgen wird.

In dem Antrag wird insbesondere die Forderung nach einer Öffnung der Spitzenämter für Dienstgruppenleiter nach A 13 mit eingearbeitet sein. Grundlage für diesen Antrag

wird die Berliner Erklärung des BFA-S von 2013 sein.

Krisenmanagement

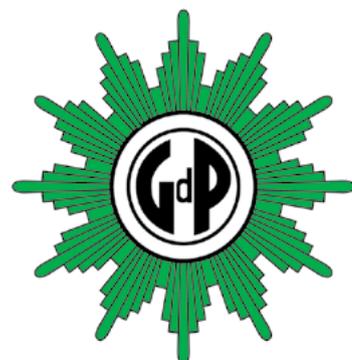
Es ist kaum noch ersichtlich, dass polizeiliche und politische Verantwortungsträger Konzepte im Sinne eines professionellen Krisenmanagements zur Unterstützung ihrer Einsatzkräfte verfolgen. Die beschriebenen Manipulationsmöglichkeiten digitalen Bildmaterials werden bewusst gegen Einsatzkräfte eingesetzt, um das Einschreiten der Polizei in der Öffentlichkeit zu diskreditieren. Nicht zuletzt die Einsatzlage im Hamburger Schanzenviertel hat gezeigt, dass verkürzte bzw. geschnittene Videosequenzen Einsatzsituationen verfälscht darstellen und geeignet sind, das Vertrauen der Bevölkerung in die Arbeit der Polizei zu schädigen.

Erforderlich sind geeignete Reaktionsmuster, die sich aus internetbasierten Kommunikationsmöglichkei-

ten ergeben. Entsprechende Konzepte sind bereits beschrieben, beispielhaft in dem Leitfaden des BMI „Krisenkommunikation – Leitfaden für Behörden und Unternehmen“.

Im Kern geht es um die Frage, wie die Reaktionsmuster aussehen, wenn ein polizeiliches Einschreiten einen medialen Sturm auslöst. Zumeist herrscht bei politischen wie polizeilichen Verantwortungsträgern im hohen Maße Sprachlosigkeit vor.

Lothar Hölzgen



 **DEUTSCHE POLIZEI**
Ausgabe: **Landesbezirk Hessen**

Geschäftsstelle:
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden
Telefon (06 11) 99 22 7-0
Telefax (06 11) 99 22 7-27

Redaktion:
Ewald Gerk (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Hessen
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleucker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 36
vom 1. Januar 2014
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6446

NACHRUFE

*Die Gewerkschaft der Polizei – Landesbezirk Hessen –
trauert um folgende verstorbene Kollegen:*

Philipp Schmidt
Kreisgruppe Groß-Gerau

Peter Hansen
Kreisgruppe Kassel

Günter Will
Kreisgruppe Wiesbaden

Manfred Schmidt
Kreisgruppe Hersfeld-Rotenburg

Robert Dolanz
Kreisgruppe HBP Mudra

Günther Bullant
Kreisgruppe Kassel

Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren!



KOMMENTAR

Zum Selbstverständnis von Personalrat und Gewerkschaft

Die Gewerkschaften sind aus der Arbeiterbewegung hervorgegangen. Gewerkschaften setzen sich seit ihrem Bestehen für höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen, für Arbeitszeitverkürzungen und mehr Mitbestimmung ein. Bei Veränderungen in der Gesellschaft reagieren Gewerkschaften und setzten sich für eine positive und gerechte Entwicklung ein. Die Arbeiterbewegung ist die Emanzipation der Arbeiterklasse. Ziel war und ist die konkrete Verbesserung der Lebensbedingungen.

Historisch gehörten zur Arbeiterbewegung auch Begleitzustände wie Proteste, Massenstreiks und soziale Unruhe. Im Nationalsozialismus wurde 1934 das Betriebsrätegesetz per Gesetz aufgehoben und Gewerkschaften gleichgeschaltet, um keine anderen Meinungen zuzulassen.

Die Rechte von Gewerkschaften und Personalräten wurden über die Jahrzehnte hart erkämpft, und viele mussten ihr Leben für diese Ideale lassen. Damals musste man mit Repressionen rechnen, wenn man sich für andere stark gemacht oder sich selbst zur Wehr gesetzt hat.

Ihr fragt euch, weshalb ich das schreibe? Nun ja, es ist nicht immer leicht, sich für andere einzusetzen oder seine Meinung zu vertreten, ohne dass andere Anstoß daran finden. Es gehört zur Demokratie dazu, dass es unterschiedliche Meinungen und Strömungen gibt. Das muss eine Demokratie aushalten.

In Hessen ging die damalige Landesregierung im Jahre 2003 freilich einen anderen Weg. Das Hessische Personalvertretungsgesetz (HPVG), welches die Rechte von Personalräten in öffentlich-rechtlichen Einrichtungen und somit auch bei der Polizei regelt, wurde geändert. Wie im Jahr 1999 enthielt die Gesetzesänderung erneut die Beschneidung bzw. Beseitigung von Rechten der Arbeitnehmervertretungen. Mitwirkung der Beschäftigten war und ist bis heute unerwünscht.

Hessenweit hat die GdP in jedem Präsidium die Mehrheit im Personalrat und stellt die jeweiligen Vorsitzenden. Zu unserem Selbstverständnis sei Folgendes gesagt:

- Wir, die GdP-Personalräte, üben unser Amt nach bestem Wissen und Gewissen aus!

- Die Personalräte sind Vertreter der Belegschaft und werden als einzige in der Behörde von allen Beschäftigten demokratisch gewählt.
- Wir haben das Recht, ehrlich und vollständig informiert zu werden.
- Wir sind nur unserem Gewissen und dem geltenden Recht verpflichtet.
- Personalräte lassen sich nicht einschüchtern, demontieren oder demoralisieren.
- Täuschungen, hinterlistiges und unehrliches Verhalten verurteilen wir.
- Wir akzeptieren nicht, dass Prozesse und Abläufe durch sachfremde Erwägungen behindert werden.
- Wir überwachen die geltenden Gesetze, Verordnungen, Tarifverträge, Dienstvereinbarungen und Verwaltungsanordnungen, um für unsere Kollegen das Beste herauszuholen.
- Wir sind offen für Anregung und Kritik und kümmern uns um die Sorgen und Nöte der Beschäftigten.
- Wir arbeiten im demokratischen Geiste und sind überparteilich!

Antonio Pedron

UNTERSTÜTZUNG

Internationale humanitäre Luftbrücken für Syrien

Seit Frühjahr 2011 herrschen in Syrien kriegsähnliche Zustände. Inzwischen sind schon mehr als 150 000 Menschen ums Leben gekommen. Ein Großteil des Landes ist nicht mehr be-

„Weit ist der Weg vom Ohr zum Herzen, aber noch weiter ist der Weg zu den helfenden Händen.“
(Josephine Baker)

wohnbar, da essenzielle Dinge wie sauberes Trinkwasser, Nahrungsmittel und Elektrizität nicht mehr vorhanden sind. Acht Millionen Menschen sind Flüchtlinge im eigenen Land und hausen z. T. in menschenunwürdigen Umgebungen. Kinder können nicht mehr

in die Schule gehen. In den Nachbarländern Libanon, Jordanien, Türkei und Irak sind Millionen dieser Flüchtlinge in provisorisch geschaffenen Notunterkünften untergebracht. Diese Situation nutzen gerade professionelle Schlepperbanden aus und sehen gerade hier eine gute Möglichkeit, Geld zu verdienen. Darüber hinaus droht dem Libanon der staatliche Zerfall. An der türkisch-syrischen Grenze sind 38 unorganisierte Flüchtlingslager entstanden und die vielen tausend Menschen leben in ständiger Furcht vor dem syrischen Militär und den salafistischen Jihadisten, Ebenso quillt Jordanien von eilends in der Wüste eingerichteten Flüchtlingslagern über. Hilfe von außen ist dringend nötig, um den Menschen das Überleben zu sichern. Die Deutsch-Arabisches Gesellschaft (DAG),

dessen Präsident Peter Scholl-Latour ist, appelliert an die Länder des UN-Sicherheitsrates, sofort internationale Luftbrücken einzurichten, Hilfsgüter (Zelte, Baumaterial, Arzneimittel und Lebensmittel) an die türkisch-syrische Grenze, in den Libanon und nach Jordanien zu transportieren, um die enorme Not einzudämmen.

Es würde mich sehr freuen, wenn ihr euch das oben genannte Zitat der Josephine Baker nochmal durchlest, es verinnerlicht und die Onlinepetition der DAG aufsucht! Seid im wahrsten Sinne eine helfende Hand und greift zur Maus oder zum Touchscreen. Geht einfach auf: www.change.org/de.

Es geht hier nicht um die Unterstützung eines Vereins, sondern um die Unterstützung für Menschen, die dringend Hilfe benötigen. **Miroslav Emejdi**



GdP ist mehrWert!



Von Zeit zu Zeit fragt man sich, ob der Gewerkschaftsbeitrag angemessen ist. Billiger heißt dabei nicht auch immer besser, auch wenn andere das behaupten. Vergleichen lohnt sich!

Die GdP hat im Vergleich:

- Die beste Regress-Haftpflichtversicherung. Personenschäden werden mit bis zu 200 000 Euro abgedeckt, Sach- und Vermögensschäden mit bis zu 100 000 Euro. Bei anderen nur bis zu 50 000!
- Unfallversicherungsschutz innerhalb und außerhalb des Dienstes – weltweit! Inklusive Kurkosten, Bergungskosten und kosmetischer Operationen.
- Unabhängiger, eigener Rechtsschutz (gemäß Satzung); d. h. ohne Versicherungsunternehmen! Ohne Selbstbeteiligung und Deckungsbegrenzung, freie Anwaltswahl.
- Kostenfreie Seminare (z. B. Fahrtsicherheitstraining, Rhetorik, Work-Life-Balance u. v. m.).
- Günstigere Beiträge für Familien und Lebenspartnerschaften!
- 10 000 Euro Berufsunfähigkeitsversicherung für Polizeianwärter.

Nicht alleine die Beitragshöhe ist entscheidend, sondern auch die Leistungen, die ich für meinen Beitrag erhalten kann. Das komplette Leistungspaket Deiner GdP findest Du unter http://www.gdp.de/gdp/gdphe.nsf/id/DE_Leistungen

Und genau darin unterscheiden wir uns von den Mitbewerbern.

River-Boat-Party

der GdP Kassel

Freitag, 11. Juli 2014

wird die Kreisgruppe Kassel die erste nordhessische River-Boat-Party veranstalten.

Ablegen wird unser Schiff der Firma Söllner an der Schlagd (Bereich Altmarkt) um

18.30 h

Mitglieder (gern in Begleitung) zahlen pro Person: **15,- €**
Nichtmitglieder (gern in Begleitung) pro Person: **20,- €**

Im Preis enthalten ist die Fahrt, die bis ca. 23 Uhr gehen wird, sowie ein Buffet.

Die KG Kassel verkauft an diesem Abend Lose im Rahmen der Aktion „Befördert für einen Monat“ für je 2,- €, mit denen der Gewinner 250,- € gewinnen kann.



Auf dem Schiff wird mit „DJ Nobby“ und Musik Entertainment von „Franco Di-Grazia“



live Musik auf zwei Decks angeboten.

Eingeladen sind alle Kolleginnen und Kollegen der GdP in Nordhessen, aus allen Kreisgruppen!!!

Auch Kolleginnen und Kollegen der Akademie und GdP Kollegen die dienstlich noch in Südhessen ihren Dienst versehen und in Nordhessen leben.

Lasst uns gemeinsam bei hoffentlich gutem Wetter eine tolle Nacht auf unserem Fluss feiern!

Zur Planung benötigen wir eine zeitnahe Anmeldung unter gdpmpks@t-online.de oder telefonisch im PR-Büro - ☎ 0561 / 910-1012 oder 1013.

Egal wohin...



Hauptsache mit uns!

Der Reiseservice mit Reisekostenzuschuss!
 Exklusiv für GdP-Mitglieder, ihre Angehörigen und Fördermitglieder!
Buchen Sie über Ihre PSG (alle namhaften Veranstalter wie TUI, Neckermann, 1-2-fly ...) und freuen Sie sich über einen beachtlichen Reisekostenzuschuss.



PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen
 Info-Line: 06 11 / 9 92 27 30 • Info-Fax: 06 11 / 9 92 27 27
 Internet: www.gdp.de/hessen • eMail: gdpHessen@t-online.de

